

Huter: Darüber hinaus braucht es auch umfassende Veröffentlichungspflichten: Dass staatliche Stellen bestimmte Dokumente, Daten und Informationen automatisch online in maschinenlesbaren Formaten veröffentlichen müssen, etwa zu getroffenen Entscheidungen, Auftragsvergaben, erstellten Gutachten und Studien oder bestimmte Statistiken. Bei unseren Nachbarn in der Slowakei müssen sämtliche Verträge der öffentlichen Hand, etwa zu Auftragsvergaben, erteilten Genehmigungen, Förderungen und Privatisierungen, im Volltext im Internet stehen, sonst treten sie nicht in Kraft. In Österreich wäre das nach wie vor unvorstellbar.

medianet: Gibt es hier seitens der EU Empfehlungen und Vorgaben?

Huter: Nein, die EU hat bei Aspekten der nationalen Transparenz keine Kompetenzen. Es liegt an Österreich, sich ein Informationsfreiheitsgesetz zu verpassen.

Positiv formuliert: Da wir die letzten ohne Gesetz sind, könnten wir uns an vielen Erfahrungswerten orientieren. Gegenüber EU-Institutionen haben wir allerdings schon heute ein Recht auf Dokumenteneinsicht, man kann einfach über die zivilgesellschaftliche Plattform Ask-TheEU.org anfragen. Auch müssen sämtliche EU-Förderungen transparent gemacht werden – das fordern wir auch für österreichische Förderungen und Subventionen für Unternehmen und Organisationen.

medianet: Gerade in diesem Bereich, wo auch viel Geld im Spiel ist, ist auch Missbrauch oder gar Korruption nicht auszuschließen. Wie weit hilft ein modernes Gesetz, Korruption zu verhindern oder zu bekämpfen?



© APA/Herbert Neubauer

”

Die derzeitige Geheimniskrämerei, die Kultur des Amtsgeheimnisses, beflügelt ganz klar Korruption, Nepotismus und Misswirtschaft.

Mathias Huter

“

Huter: Die derzeitige Geheimniskrämerei, die Kultur des Amtsgeheimnisses, beflügelt ganz klar Korruption, Nepotismus und Misswirtschaft. Weder Journalisten noch Bürgern ist es möglich, nachzuvollziehen, welche Entscheidungen Politik und Verwaltung treffen, auf welcher Informationsgrundlage sie handeln und wie unsere Steuergelder im Detail verwendet werden, wenn die Politik das nicht will. Ein Informationsfreiheitsgesetz würde eine dringend nötige Kontrolle durch die Öffentlichkeit ermöglichen und so dazu beitragen, Korruption zu aufzudecken und zu verhindern.

medianet: Bei Ihrer Ansage zu einem neuen Informationsfreiheitsgesetz hat Ministerin Edtstadler bereits angekündigt, dass zum Beispiel Informationen zum milliardenschweren Covid-Hilfsfonds eher nicht

CV Mathias Huter

Transparenz- und Anti-Korruptionsaktivist

Generalsekretär des Forum Informationsfreiheit; beschäftigt sich mit Transparenz, Open Data und Anti-Korruption, insbesondere der Nachvollziehbarkeit von Finanzströmen der öffentlichen Hand (Beschaffungen, Vergaben, Förderungen, etc.) und Parteienfinanzierung. Er hat an Transparenz-Projekten in der Ukraine und in Ost-Timor mitgewirkt. In Tiflis arbeitete er von 2009 bis 2014 für die Watchdog-Organisation Transparency International Georgia.